

Klassenkampf oder Versöhnung?

Zu den Versuchen einer kommunistisch-katholischen Annäherung in Frankreich

Die zwei größten Staatsfeiern, welche die Fünfte Republik zelebrierte, fanden trotz der strengen Trennung von Staat und Kirche in der ehrwürdigen Kathedrale Notre-Dame von Paris statt. Am 12. November 1970 und am 6. April 1974 trafen sich die Repräsentanten der beiden Super Großmächte, Staatsmänner der Dritten Welt, Könige und Residenten der europäischen Staaten, Katholiken und Protestanten, strenggläubige Moslems und erklärte Atheisten, die in einem ebenso schlichten wie erhebenden Gottesdienst der verstorbenen Präsidenten de Gaulle und Georges Pompidou gedachten. Für einen Augenblick gewann der Beobachter den Eindruck, daß sich die Nation jenseits politischer, philosophischer und religiöser Gegensätze im Einklang mit sich selbst befand. Nur eine unbedeutende Freidenkerorganisation wagte gegen den Umstand zu protestieren, daß die ausländischen Gäste nicht etwa im Parlament oder in einem neutralen Saal zur Gedenkfeier eingeladen worden waren, sondern in einem Dom der Christenheit. Selbst die Kommunisten/Sozialisten und die gesamte oppositionelle Linke fanden es verständlich, daß der Staat diese Form der Weihstunde gewählt hatte. Nimmt auch die Gleichgültigkeit gegenüber religiösen Praktiken zu, darf doch in diesen beiden Zeremonien ein Symbol gesehen werden. Frankreich ist den Strukturen nach ein katholisches Land, und diese „älteste Tochter der Kirche“ trägt das Siegel der Verbundenheit mit der römischen Form des christlichen Glaubens.

Jesus und Marx – ein häufiges Thema

Allerdings muß festgehalten werden, daß jahrhundertealte Traditionen ins Wanken geraten sind, viele Vorstellungen revidiert werden und der katholische Teil der Bevölkerung Fragen stellt, nach dem Standort der Kirche in unserer Zeit und den Gesellschaftsmodellen, die auch ein überzeugter Christ akzeptieren kann. Hatten die Katholiken vor dem Zweiten Weltkrieg zuerst in Umrissen, nach 1945 jedoch konkret die sozialen und ökonomischen Aspekte des Daseins erkannt, so rücken seit ungefähr 1970 die politischen Aspekte in den Vordergrund. Die Bischofskonferenz, die katholischen Organisationen, die Zeitungen und Zeitschriften katholischer Provenienz lassen keine Gelegenheit vorübergehen, um sich mit den Themen Glaube und Politik, Sozialismus und Kirche, Marxismus und Theologie zu beschäftigen. Die überstarke Politisie-

rung des öffentlichen Lebens wirkt wie ein Sog, von dem alle Berufsschichten und Institutionen erfaßt werden.

Frankreich verzeichnet im Laufe von 14 Monaten zwei heftige Wahlkämpfe. Im März 1973 ging es um die Wahlen zum Parlament, im Mai 1974 muß nach dem Tode von *Georges Pompidou* ein neues Staatsoberhaupt gekürt werden. Ohne weiteres kann man diesen Wahlkampagnen eine Bedeutung zumessen, die weit über die Grenzen des Landes hinaus Europa und die Welt betrifft. Denn es soll ja nicht nur einer Partei die Mehrheit im Parlament oder einem Mann das höchste Staatsamt verschafft werden. Jedesmal muß der Bürger sich eine Gewissensfrage stellen. Durch sein Votum entscheidet er sich für eine liberal-konservative oder eine sozialistische Ordnung. In diesem Spiel der Kräfte muß auch der einzelne Katholik Position ergreifen, wengleich die Kirche als solche offiziell die Bühne des Tageskampfes verlassen hat. Ihre höchsten Vertreter sehen sich heute dennoch gezwungen, zwar nicht direkt für eine Partei eine Empfehlung zu geben, aber doch zu bestimmten Phänomenen der Gegenwart Stellung zu ergreifen. Wir erinnern an die Proteste zahlreicher Bischöfe gegen die Atomversuche im Jahre 1973 und die Kritiken aller christlichen Kirchen am blühenden Waffenhandel der Fünften Republik. Dem Parlament steht eine heftige Debatte über die *Freigabe der Abtreibung* bevor. Moralische Orientierungen sind aufzuzeigen, die die Kirche veranlassen, in dieser oder jener Form Erklärungen abzugeben. Schließlich darf sie der Frage ihrer Gläubigen nicht ausweichen, die wissen wollen, ob eine sozialistische Konzeption der Gesellschaft wünschenswert, ein Dialog mit dem Marxismus möglich und mit den christlichen Glaubenssätzen zu vereinbaren ist. Auf den Kongressen der katholischen Arbeiterbewegung, der Landjugend und der Studentenschaft steht dieses Problem oft im Zentrum der Diskussionen. Wenn man die Sendungen des O.R.T.F. verfolgt, so stellt man fest, daß das Thema ‚Jesus und Marx‘ in den verschiedensten Formen variiert wird. Zum letztenmal geschah dies am 12. Februar 1974, als der Vertreter der KPF und zweite Mann der Partei, *Roland Leroy*, einem der besten Kenner des Marxismus, dem Jesuitenpater *Henri Madelin*, gegenüber saß. Auch die Sozialen Wochen des Jahres 1973, auf denen sich Theologen und marxistische Intellektuelle trafen, waren diesem Problem gewidmet. Der schon genannte Jesuit Madelin beschäftigte sich in der Monatszeitschrift „Études“ vom No-

vember 1973 (S. 585 ff) unter dem Titel: ‚Die Christen und das politische Leben des Frankreichs von heute‘ eingehend mit dem Stand der Gespräche zwischen Katholiken und Marxisten. Die Bischofskonferenz sah sich im vergangenen Jahr verpflichtet, die Auseinandersetzung mit Marxisten und Kommunisten kritisch zu beobachten. Der bekannte Theologe *Jules Girardi* verlor kürzlich seinen Lehrstuhl im Katholischen Institut von Paris, da er in einem von der Öffentlichkeit als spektakulär bezeichneten Buch ‚Marxismus und Christentum‘ die Grenzen überschritten hatte. Nachdem Kontakte zwischen Katholiken und Marxisten von brennender Aktualität sind, erscheint es nützlich, die Etappen dieser Entwicklung kurz aufzuzeigen und die Elemente dieser Begegnung zu analysieren.

Eine lange „Tradition“ neu belebt

Zum erstenmal wurde von katholischer Seite 1937 die Frage aufgeworfen, ob Katholiken mit Kommunisten in einen Dialog eintreten können. Diese Stellungnahme war erforderlich, da der damalige Generalsekretär der Kommunistischen Partei, *Maurice Thorez*, am 17. April 1936 anlässlich des Entstehens der Volksfront eine Radioansprache hielt, die auch 1974 für die KPF Gültigkeit besitzt. „Wir reichen dir die Hand, Katholik“, ist ein Slogan, der am 19. November 1970 wieder beschworen wurde, als *Georges Marchais*, damals stellvertretender Generalsekretär der KPF, der katholischen Tageszeitung „La Croix“ ein Interview gewährte, das großes Aufsehen erregte und zahlreiche Kommentare nach sich zog. *Georges Marchais* führte aus: „Unsere Politik gegenüber den Christen hat nichts mit der Taktik des Augenblicks zu tun. Es handelt sich um eine Politik der Prinzipien. Sie beruht auf der Feststellung, daß in der Wirklichkeit eine tiefe Solidarität zu erkennen ist, eine zeitliche Solidarität, eine soziale, wirtschaftliche und historische zwischen den kommunistischen und christlichen Arbeitern. Natürlich ist eine theoretische Versöhnung zwischen Marxismus und dem Christentum nicht möglich, eine ideologische Gleichheit undenkbar. Aber wir sprechen etwas aus, was viel weiter geht als wahltaktische Überlegungen. Die notwendigen Veränderungen können nur durch die Zusammenarbeit aller erfolgen, die sie wünschen, gleichgültig, welcher geistigen Familie sie angehören. Die gemeinsame Aktion ist möglich und notwendig.“ *Georges Marchais* schloß seine Ausführungen: „Die wahren Grenzen sind nicht zwischen den Gläubigen und den Atheisten gezogen, sondern zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten. Wir wollen keine neue Gesellschaft gegen die arbeitenden christlichen Massen errichten, sondern mit ihnen. Mit anderen Worten, wir schlagen einen Vertrag vor.“ Mit Nachdruck ist zu unterstreichen, daß diese Grundsatzklärungen *Georges Marchais* bis auf den heutigen Tag als die Basis diesbezüglicher Reflexionen der KPF zu betrachten sind. In einem späteren Artikel, veröffentlicht im Zentralorgan der Kommunistischen Partei Frankreichs „L'Humanité“, untersuchte

Prof. *Jacques Milhau* die Frage, wieweit ein Christ Mitglied der Kommunistischen Partei sein könne. Der Autor gelangte zum Schluß, daß wohl nur eine kleine Anzahl von Gläubigen ohne Schwierigkeiten Mitglieder der Partei werden können. Aber es handelt sich, nach *Milhau*, in erster Linie darum, die Union der demokratischen Kräfte zu erweitern und eine Kirche zu verstehen, die dem Liberalismus und kapitalistischen Regierungen kritisch gegenübersteht. Durch die Anerkennung des ‚wissenschaftlichen Sozialismus‘ würde die Kirche sich schließlich nicht mehr gegen eine aktive Teilnahme von Katholiken in der Kommunistischen Partei aussprechen können. Der Verfasser dieses Berichts stellte in einer Pressekonferenz *Georges Marchais* die Frage, ob es katholischen Mitgliedern der KPF möglich ist, führende Stellungen in der Partei einzunehmen. Der Generalsekretär bestätigte dies ausdrücklich und berief sich auf das Interview in „La Croix“, dem er nichts hinzuzufügen hätte.

Die Antwort der Katholiken auf diese immer wieder vorgebrachten Aufforderungen zur Zusammenarbeit fiel anfangs zögernd aus. Am Vorabend des Zweiten Weltkrieges stellte der Jesuit *Fessard* öffentlich Überlegungen an, ob ein Dialog mit den Kommunisten möglich wäre. Er gab selbst als Antwort ein entschiedenes Nein und konnte des uneingeschränkten Echos aus dem katholischen Lager sicher sein. Bescheidene Kontakte wurden 1946–47 zwischen einsamen Intellektuellen auf persönlicher Ebene hergestellt. Der bekannte Philosoph und politische Denker *Charles Mounier* förderte in seiner Zeitschrift „Esprit“ derartige Gespräche. Damals gewannen kommunistische Ideologen wie *Roger Garaudy* und *Charles Mury* erste und bedeutende Positionen und setzten sich für einen Gedankenaustausch mit Katholiken ein. *Roger Garaudy* wurde nach einem aufsehenerregenden Verfahren — er kritisierte heftig die Haltung der Sowjetunion beim Einmarsch in die Tschechoslowakei — aus der Partei ausgeschlossen. Trotz seines politischen Exils bleibt *Garaudy* weiterhin der führende marxistische Theoretiker Frankreichs, der ein permanentes Gespräch mit seinen katholischen Kollegen wünscht und realisiert. Sein 1965 erschienenes Werk ‚De l'anathème au dialog‘ bleibt bis heute ein Standardwerk der marxistischen Literatur, um den Ideenaustausch mit den Katholiken zu vertiefen. In den fünfziger Jahren begann eine grundsätzliche und gründliche Auseinandersetzung mit dem Marxismus in katholischen Kreisen. Jesuiten und Dominikaner analysierten die Werke von Marx und Engels. *Ives Calvez SJ* schrieb das bekannte Buch ‚La pensée de Karl Marx‘, und *Georges Bigot* veröffentlichte ‚Marx et l'humanisme‘. Einzelne Zirkel und Gruppen entstanden, die für eine verstärkte Anlehnung an die KPF eintraten. Die Grenzen wurden oft verwischt. Wir erinnern an die Bewegung des Dominikaners *Montuclard* und seine Organisation ‚Jeunesse de l'église‘ (10 000 bis 15 000 Mitglieder), die 1954 vom Vatikan verboten wurde. Auch die Zeitschrift „La Quinzaine“ sei erwähnt, die 1957 auf den Index gesetzt wurde. Diese

Publikation fand ihre Fortsetzung in der Monatsschrift „Lettre“. Sie will das kritische Organ der Kirche sein, in dem die Christen in den revolutionären Kämpfen Verpflichtungen übernehmen können, Ort des Suchens und der Verwirklichung einer neuen Form christlicher Existenz. In der Nummer vom Januar 1973 finden sich ausgedehnte Studien über ‚die linken Christen vor der Kommunistischen Partei. Eine andere Zeitschrift „Témoignage Chrétien“, die sich eine gut funktionierende Organisation der Leser aufgebaut hat — sie dürfte bei einer Auflage von 72 000 ca. 300 Gruppen in ganz Frankreich hinter sich haben —, wirbt ebenfalls um Verständnis für die sozialistische Politik und Aktionen, die von der KPF ausgehen. Bei der jährlich von der Kommunistischen Partei abgehaltenen Konferenz ‚Die Woche des marxistischen Denkens‘ werden namhafte christliche Theologen und Soziologen zur Teilnahme an der Diskussion aufgefordert. Die Entscheidung liegt bei jedem einzelnen, einige nehmen die Einladung an, andere lehnen entschieden ab.

Öffnung nach links bei katholischen Verbänden

In der Tragödie der ersten Welle der Arbeiterpriester spiegeln sich die Schwierigkeiten, die in der Aussprache zwischen Katholiken und marxistischen Kommunisten auftauchen. Es war selbstverständlich, daß die Arbeiterpriester vom Beginn ihrer Tätigkeit an, mit der geistigen Kraft in Berührung kamen, die dem Großteil der französischen Arbeiter als der wohl einzige Religionsersatz erscheint. In diesem Umstand liegt die Wurzel gewisser Mißverständnisse und Fehler. Die Arbeiterpriester sagten „Religion“, ihre Partner „Politik“, und die sehr jungen Kleriker, zutiefst von der geistigen und materiellen Not, die sie umgab, erschüttert, ließen sich mangels eingehender Kenntnis der marxistischen Dialektik und der Politik als ganzer auf ein Gebiet führen, das mit ihrer eigentlichen Berufung nichts zu tun hatte. 1959 wurde durch den Vatikan die Tätigkeit der Arbeiterpriester beendet, am 23. Oktober 1965 im vollen Einvernehmen mit dem Heiligen Stuhl wieder autorisiert. Diesmal waren die Seelsorger sorgfältiger ausgebildet, und man verlangte von ihnen eine gewisse geistige Reife. Sie sind ein nicht zu unterschätzender Mittler geworden, der die Brücke zwischen den Amtsbrüdern und dem sozialistischen und kommunistischen Milieu schlägt. Die durchaus rührige kontestierende Priestergruppe ‚Austausch und Dialog‘ — ihre Mitgliederstärke schwankt zwischen 900 und 1200 — verfehlt es nicht, sozialistische Gedankengänge marxistischer Färbung in ihrem Umkreis zu verbreiten.

An der vordersten Front der „positiven“ Auseinandersetzung mit dem Marxismus stehen die Männer und Frauen der Katholischen Aktion der Arbeiter (ACO), die sich an allen Arbeitstagen mit ihren kommunistischen Kollegen treffen. Die ACO verwechselt jedoch zeitweise das

Apostolat mit einer politischen Aufgabenstellung. Die vom Gaullismus aufgebaute Gesellschaftsordnung wird abgelehnt, die Identifizierung von religiöser Mission und politischen Zielen ist für die ACO fast eine Selbstverständlichkeit: „Der Kampf der Arbeiterbewegung ist der unsrige. Indem wir uns diesem Kampf anschließen und in diesem Willen leben, erfüllen wir unseren Glauben an Jesus Christus.“ Die katholische Arbeiterbewegung bekennt sich in abgeschwächter Form zu den Prinzipien des Klassenkampfes.

Dennoch wurden Ansätze zum Dialog durch gegenseitiges Mißtrauen lange getrübt. Die christlichen Arbeiter fühlten sich in den Betrieben vielfach isoliert, mancher unter ihnen, besonders Frauen, befürchteten, daß sie von den Kommunisten als eine Art Geisel verwendet würden. Anfänglich mit vielen kommunistischen Methoden nicht einverstanden, fühlten sie sich kaum in der Lage, die in der marxistischen Theorie zum Ausdruck kommenden Widersprüche auszuwerten. Sie verwechselten oft zeitliche Anliegen mit geistigen Belangen. Die Kommunisten wiederum suchten die Zusammenarbeit mit den Christen als Mitgliedern der ‚Organisation Kirche‘ und nicht als Vertreter der strukturierten Arbeiterschaft.

Dieser Bericht wäre unvollständig, würde man nicht den Orientierungswandel in der ehemals christlichen Gewerkschaft CFTC (heute CFDT) erwähnen. Im Jahre 1964 erfolgte die Lösung von sämtlichen kirchlichen Bindungen. Die umbenannte Gewerkschaft zählt derzeit 800 000 Mitglieder und ist der aktivere Teil der französischen Arbeitnehmerverbände. Im Zusammenhang mit den Ereignissen im Mai—Juni 1968 wurden ultra-linke Ideen entwickelt, enge Bindungen zur sozialrevolutionären Partei PSU geknüpft, und auch trotzkistische und maoistische Splittergruppen konnten sich der Unterstützung der CFDT erfreuen. Inzwischen hat sich dieses Bild gewandelt und die ex-christliche Gewerkschaft, die ebenfalls die Notwendigkeit des Klassenkampfes postuliert, ist in das Lager der Sozialisten und ihres ersten Sekretärs und jetzigen Einheitskandidaten der Linken *François Mitterand* abgewandert. Die CFDT bekennt sich zu den Prinzipien der Selbstverwaltung in Betrieb, in Verwaltung und Gesellschaft. Es sei aber hinzugefügt, daß die CFDT den Kommunisten gegenüber Skepsis und Reserve zeigt und es nicht nur einmal zu scharfen Konflikten mit der kommunistischen Gewerkschaft CGT gekommen ist. Zu registrieren ist noch, daß die Entwicklung im katholischen Lager von den Kommunisten auch nach dem Abgang Roger Garaudys aufmerksam beobachtet wird. Die ‚Wochen des marxistischen Denkens‘ 1972 und 1973 nahmen sich genügend Zeit, die Auswirkungen bei den Katholiken zu studieren. Führende kommunistische Theoretiker veröffentlichten Studien über die Vorgänge innerhalb des Katholizismus. Wir zitieren in diesem Zusammenhang die Werke von Casanova ‚Vatican II et l'évolution de l'église‘ und von Leroy, Moine und Casanova ‚Les Marxistes et l'évolution du monde catholique‘.

Die deutlich erkennbaren Grenzen

Die offizielle Position der französischen Hierarchie scheint am ehesten in einer Stellungnahme des Bischofs von Sées, *Henri Derouet*, klarzuwerden, der Johannes XXIII. zitiert: „Man kann nicht falsche philosophische Theorien mit historischen Bewegungen vergleichen, die aus wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen oder politischen Gründen entstanden sind.“ Gemeinsam mit dem Papst müsse man in diesen Bewegungen nach Elementen suchen, die dann einer gewissen Zustimmung würdig sind, wenn sie

mit gerechten Aspirationen der menschlichen Persönlichkeit verbunden sind. Auf dieser Ebene könnte sich also eine Annäherung ergeben. Auf der anderen Seite sei die Theorie des Klassenkampfes ein Standort, der in keiner Weise mit dem Glauben eines Christen in Einklang zu bringen ist. Aufgabe der Christen sei es, an der Versöhnung der Menschen zu arbeiten. Zweifellos sind in diesen wenigen Sätzen die Möglichkeiten und Grenzen des Gesprächs mit Marxisten und Kommunisten realistisch illustriert.

Rudolf Lewandowski

Interview

Struktur, Verfahren und Aufgaben der Glaubenskongregation

Fragen an ihren Sekretär, Erzbischof Jérôme Hamer

Struktur, Verfahren und Aufgaben der zentralen kirchlichen Glaubensbehörde, des früheren Heiligen Offiziums bzw. der heutigen Glaubenskongregation sind in der Kirchenöffentlichkeit nach wie vor umstritten. Die Kritik zahlreicher Theologen und der innerkirchlichen Öffentlichkeit insgesamt richtet sich insbesondere auf deren Verfahrensordnung bei sog. Lehramtsverfahren. Ein Gespräch mit dem Sekretär der Kongregation, Erzbischof Jérôme Hamer, ergab die Möglichkeit zu einigen informellen Fragen, von denen wir meinten, daß sie im Sinne innerkirchlicher Information für eine breitere Öffentlichkeit von Interesse sind. Hier seine Antworten:

HK: Exzellenz, im Zuge der Kurienreform wurde auch das frühere Heilige Offizium, die heutige Glaubenskongregation, reformiert. Sie verfügt über ein neues Statut und über eine neue — inzwischen auch publizierte Verfahrensordnung. Die Klagen über dieses römische Dikasterium sind indessen nicht verstummt. Man übt Kritik an der gesamtkirchlichen Stellung der Glaubenskongregation, man äußert Unzufriedenheit über „ihre“ Theologie und über ihre Verfahrensweise. Wie stellt sich die Kongregation selbst zu dieser Kritik?

Hamer: Die Reform wurde vorgenommen auf der Grundlage von Meinungsäußerungen auf dem Zweiten Vatikanischen Konzil. Manche Konzilsväter hatten auf zwei

Nachteile der bisherigen Verfahrensweise des Heiligen Offiziums hingewiesen: einmal könne die Verurteilung einer Publikation erfolgen, ohne daß dem Betroffenen vorher die Möglichkeit zu einer Verteidigung geboten werde, und zum zweiten würden die zuständigen Ordinarien zuweilen erst nach der Verurteilung informiert. Paul VI. hat diesen Meinungsäußerungen im Dokument „*Integrae servandae*“ vom 7. Dezember 1965 über die Reform des Heiligen Offiziums Rechnung getragen. Dort ist die Zuständigkeit der Kongregation im Hinblick auf die Glaubenslehre mit zwei Aufgaben umschrieben: 1. Förderung (durch Studien, Symposien, Kommissionen); 2. aufmerksame Beobachtung. Artikel 5 dieses Dokuments schreibt vor, daß dem Autor die Möglichkeit eingeräumt werde, sich zu äußern, und daß der Ortsbischof zu verständigen sei. In der Verfahrensordnung, die am 15. Januar 1971 veröffentlicht wurde, ist den Forderungen der Konzilsväter voll Rechnung getragen. Im einzelnen wird dort festgelegt, wie eine Lehrmeinung zu prüfen ist, um festzustellen, ob sie mit der „*regula fidei*“ — mit der geoffenbarten und vom Lehramt der Kirche vorgelegten Lehre — übereinstimmt. Die Zuständigkeit der Kongregation erstreckt sich darum nur auf die Glaubenslehre und nicht auf solche theologische Lehrmeinungen, die frei erörtert werden können. Die Kongregation steht im Dienst der geoffenbarten Wahrheit, die, vom Glaubenden einmal frei angenommen, jedes Glied der katholischen Kirche bin-